



EASYCREDIT BBL

Lizenzstatut

Saison 2022/2023

EASYCREDIT BASKETBALL BUNDESLIGA

INHALTSVERZEICHNIS

I	ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	3
§ 1	GRUNDSÄTZE.....	3
II	LIZENZEN DER BUNDESLIGISTEN	3
§ 2	VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ERTEILUNG EINER LIZENZ....	3
§ 3	ANTRÄGE.....	4
§ 4	SPORTLICHE QUALIFIKATION.....	5
§ 5	NACHWEIS DER WIRTSCHAFTLICHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT.....	5
§ 6	NACHWEIS DER SPIELTECHNISCHEN EINRICHTUNGEN.....	9
§ 7	NACHWEIS DER ORDNUNGSGEMÄßEN EINRICHTUNG DES GESCHÄFTSBETRIEBS	9
§ 8	NACHWUCHSFÖRDERUNG.....	11
§ 9	KARTELLRECHTLICHE BESTIMMUNGEN	12
§ 10	PRÜFUNG DES ANTRAGES.....	12
§ 11	ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN ANTRAG.....	12
§ 12	RECHTSMITTEL	13
§ 13	MITTEILUNGSPFLICHT	13
§ 14	AUßERORDENTLICHES PRÜFUNGSRECHT	14
§ 15	TEILNAHMERECHTSVERGABE OHNE SPORTLICHE QUALIFIKATION	15
§ 16	TEILNAHMERECHTSVERTRAG	16
§ 17	ÜBERTRAGUNG DER LIZENZ.....	17
III	SPIELERLIZENZ	18
§ 18	LIZENZERTEILUNG.....	18
§ 19	VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ERTEILUNG EINES TEILNAHMERECHTS.....	18
§ 20	BEENDIGUNG DES TEILNAHMERECHTS.....	19
IV	LIZENZLIGA- UND GUTACHTERAUSSCHUSS.....	19
§ 21	LIZENZLIGAAUSSCHUSS.....	19

§ 22	GUTACHTERAUSCHUSS.....	20
V	BESONDERE BESTIMMUNGEN	20
§ 23	FRISTEN.....	20
§ 24	SCHADENSERSATZANSPRÜCHE GEGEN DIE BBL GMBH ...	20
§ 25	SCHIEDSGERICHTSKLAUSEL.....	21
§ 26	VERSTÖßE GEGEN MITTEILUNGS- UND NACHWEISPFLICHTEN.....	21
§ 27	SALVATORISCHE KLAUSEL.....	21

I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1 Grundsätze

1. Die BBL GmbH ist Ausrichterin des Wettbewerbes zur Ermittlung des Deutschen Basketballmeisters der Herren. Der Wettbewerb wird im Rahmen der 1. Basketball Bundesliga nach den von der BBL GmbH für den Spielbetrieb gem. § 1 Abs. 2 BBL-SO erlassenen Bestimmungen durchgeführt.
2. Am Wettbewerb der 1. Basketball Bundesliga der Herren können nur Bundesligisten teilnehmen, denen zuvor nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen eine Lizenz erteilt wurde und die eine Schiedsgerichtsvereinbarung nach § 2 und einen Teilnahmerechtsvertrag nach § 16 abgeschlossen haben.
3. Am Wettbewerb der 1. Basketball Bundesliga der Herren dürfen ferner nur Basketballspieler teilnehmen, denen zuvor nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen ein Teilnahmerecht eingeräumt wurde.

II LIZENZEN DER BUNDESLIGISTEN

§ 2 Voraussetzungen für die Erteilung einer Lizenz

Voraussetzung für die Erteilung einer Lizenz ist:

- a) Die Vorlage eines fristgerecht eingegangenen schriftlichen Antrages auf Lizenzerteilung
- b) Der Nachweis der sportlichen Qualifikation
- c) Der Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- d) Der Nachweis der erforderlichen spieltechnischen Einrichtungen
- e) Der Nachweis der Einrichtung des ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes
- f) Der Nachweis einer angemessenen Nachwuchsförderung
- g) Der Nachweis der Einhaltung der kartellrechtlichen Bestimmungen dieses Statutes
- h) Vorlage eines unterschriebenen Schiedsvertrages

- i) Beitritt zum Sicherungsfonds und Einzahlung des Fondsanteils
- j) Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Lizenzierungsunterlagen

§ 3 Anträge

1. Der Antrag auf Erteilung der Lizenz muss bis zum 15.04., 18.00 Uhr, für die bevorstehende Spielzeit mit allen nach dem Lizenzstatut vorzulegenden Unterlagen mit Ausnahme des Nachweises der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach § 5 Abs. 2, bei der Geschäftsstelle der BBL GmbH eingegangen sein (Ausschlussfrist). Sollte der 15.04. eines Jahres auf ein Wochenende oder einen gesetzlichen Feiertag fallen, so gilt als Frist der nächstfolgende Werktag, 18.00 Uhr (Ausschlussfrist). § 23 Abs. 1 gilt in den Fällen des § 3, Satz 1 und 2 nicht.
2. Die zum Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach § 5 Abs. 2 dieses Statutes vorzulegenden Unterlagen müssen bis zum 15.04., 18.00 Uhr, für die bevorstehende Spielzeit beim Vorsitzenden des Gutachterausschusses eingegangen sein.
3. Bei Versäumung einer Einreichungsfrist ist der Antrag ohne Sachprüfung zurückzuweisen.
4. Im Falle nicht vollständiger Einreichung von Unterlagen und / oder Informationen innerhalb der in § 3 Abs. 1 und Abs. 2 genannten Ausschlussfristen können der Lizenzligaausschuss oder - soweit der Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit betroffen ist der Gutachterausschuss jeweils nach eigenem Ermessen eine einmalige Nachfrist von einer Woche zur Beibringung dieser Unterlagen und / oder Informationen gewähren. Die Nachfrist nach Satz 1 soll ausschließlich für zuvor irrtümlich fehlende und / oder solche Unterlagen und / oder Informationen gewährt werden, die sich als bloße Ergänzung zu den Unterlagen und Informationen darstellen, die vom Antragsteller bis zum Ablauf der in § 3 Abs. 1 und Abs. 2 genannten Ausschlussfrist eingereicht worden sind; ein Neuvortrag zu bereits eingereichten Unterlagen und / oder Informationen innerhalb der Nachfrist ist unzulässig. Hinsichtlich der durch die Nachfrist entstehenden Aufwendungen erfolgt eine Sanktionierung gemäß dem BBL-Strafenkatalog. Bei nicht vollständiger Einreichung innerhalb der Nachfrist ist der Antrag ohne Sachprüfung zurückzuweisen.

5. Der Antrag eines Antragstellers, der nicht die sportliche Qualifikation (§ 4) besitzt und nicht der 2. Bundesliga Herren angehört, ist nur zu prüfen, wenn vorab die Gesellschafterversammlung der BBL GmbH mit der nach dem Gesellschaftsvertrag erforderlichen Mehrheit ihre Zustimmung erteilt hat.

§ 4 Sportliche Qualifikation

Sportlich qualifiziert ist:

Der Bundesligist,

- der zum Zeitpunkt seines Lizenzantrages der BBL angehörte und nicht nach Rechtskraft der offiziellen Abschlusstabelle sein sportliches Teilnahmerecht nach BBL-Ausschreibung in Verbindung mit der BBL-Spielordnung für die Folgesaison verloren hat, oder
- der als Teilnehmer der ProA die jeweils ersten beiden Tabellenplätze einnimmt.

§ 5 Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

1. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass seine wirtschaftlichen Verhältnisse geordnet sind. Sind Antragsteller und Träger des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs nicht identisch, so sind die Verhältnisse des Trägers des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs maßgeblich. Er hat ferner zu gewährleisten, dass er in der anstehenden Wettkampfsaison seine finanziellen Verpflichtungen zeitgerecht erfüllen kann. Verbindlichkeiten gegenüber der BBL GmbH, dem Deutschen Basketball Ausbildungsfonds e. V. und dem Deutschen Basketball Bund e. V. (DBB) zum Stichtag 15.04. eines jeden Jahres dürfen nicht mehr bestehen.
2. Der Antragsteller muss ein positives Eigenkapital zum 30. Juni 2021 nachweisen. Maßgebend ist das handelsbilanzielle Eigenkapital unter Berücksichtigung aller Unterposten gemäß § 266 Absatz 3 A. HGB. Ist der Antragsteller ein Verein, so hat dieser einen Jahresabschluss gemäß den Vorschriften nach § 242 ff. HGB unter ergänzender Berücksichtigung der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften (§§ 264 ff. HGB) zu erstellen.

Ist durch den Antragsteller in der Bilanz in Ausübung des Wahlrechtes des § 248 Absatz 2 Satz 1 HGB ein Posten gemäß § 266 Absatz 2 A. I. Nr. 1 HGB gebildet worden, so bleibt dieser bei der Ermittlung des Eigenkapitals im Sinne dieses Statutes unberücksichtigt.

Das voraussichtliche Eigenkapital per 30.6.2022 darf unter Berücksichtigung des Vortrags aus dem Geschäftsjahr 2020/2021 und der Ergebnisplanung nicht negativ werden (mindestens „schwarze Null“). Daraus folgt, dass der für die Saison 2021/2022 geplante Verlust maximal den Betrag des Eigenkapitals per 30.6.2021 erreichen darf, wenn dieses zu diesem Stichtag weniger als 250.000 Euro betragen hat. Sollte das Eigenkapital gem. Jahresabschluss zum 30.6.2022 entgegen der Planung negativ sein, so muss der betreffende Lizenzantragsteller für die nächsten zwei Jahre mit einer Auflage des Inhalts rechnen, dass er den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag ausgleichen muss.

Bei der Ermittlung des Eigenkapitals zum 30.06.2022 im Sinne der o.g. Lizenzierungs-vorgaben („positives Eigenkapital“) und Absatz 3 c) („keine Überschuldungssituation“) bleiben Rückstellungen gemäß § 249 Abs. 1 S. 1 HGB sowie Verbindlichkeiten unberücksichtigt, die für drohende bzw. bereits rechtswirksam entstandene, durch die Corona-Pandemie verursachten Rückforderungsansprüche aus Sponsoringverträgen gebildet werden. Dies gilt sinngemäß auch für Rückforderungsansprüche aus anderen Schuldverhältnissen (z.B. Ticketing). Aus diesen Modifikationen ggf. resultierende Ertragssteuereffekte bleiben hierbei unberücksichtigt.

Erfüllt der Antragsteller diese Eigenkapitalanforderungen nicht, so gilt seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als nicht nachgewiesen. Der BBL-Lizenzligaausschuss ist in solchen Fällen befugt, dem Antragsteller durch Auflagen bzw. auflösende Bedingungen im Rahmen der Lizenzerteilung die Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen aufzuerlegen. Das Recht des BBL-Lizenzligaausschusses, die Lizenzerteilung ganz zu verweigern, bleibt hiervon unberührt.

3. Der Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wird durch Vorlage folgender Unterlagen erbracht:

a) Vorlage des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang), für das der Antragstellung unmittelbar vorangegangene Geschäftsjahr vom 01.07. bis 30.06., der von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe i.S.v. § 3 StBerG, mit einer Bescheinigung über die Erstellung der Jahresabschlusses mit Plausibilitätsbeurteilungen im Sinne der Verlautbarungen der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen in der jeweils gültigen Fassung versehen ist. Dieser muss zum 15.01. des Jahres der Antragstellung eingereicht sein. Weitere

Abgabefristen entsprechend § 13 sind zu berücksichtigen. Der Gutachterausschuss kann für den Jahresabschluss das Testat eines Wirtschaftsprüfers anfordern. Die Kosten hierfür hat der betroffene Lizenznehmer zu tragen.

- b) Vorlage der von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe i.S.v. § 3 StBerG unterzeichneten für das zum Zeitpunkt der Antragstellung laufende Geschäftsjahr bis zum 30.6. zu erwartenden Entwicklung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung aller Unterposten gemäß § 266 Absatz 3 A. HGB.
- c) Vorlage einer von einem Angehörigen der steuerberatende Berufe i.S.v. § 3 StBerG unterzeichneten und im Ergebnis mindestens ausgeglichenen Erfolgsplanungsrechnung für das anstehende Spieljahr mit den zu erwartenden Vergleichszahlen der noch laufenden Saison zum 30.06. Sofern der Antragsteller über Eigenkapital verfügt, das über die in Absatz 2 genannten Mindestvoraussetzungen hinausgeht, darf er auch eine negative Erfolgsplanrechnung in entsprechender Höhe ausweisen. Bei Vorlage eines nicht ausgeglichenen Finanzplanes sind entsprechende Nachweise zur Sicherstellung der erforderlichen Liquidität (zum Beispiel Darlehensvertrag o.ä.) zu erbringen. Für die Saison 2022/2023 kann der Nachweis zur Absicherung eventueller Fehlbeträge in der Finanzplanung auch zu einem späteren Zeitpunkt als dem 30.06. erbracht werden, wenn dies bis dahin nicht möglich ist. § 11 BBL-Lizenzstatut gilt entsprechend.

Abweichungen im Vorjahresvergleich von mehr als 10% pro Einzelposition sind ausführlich zu erläutern. Die Erfolgsplanrechnung muss auf der Einnahmenseite mindestens 2.750.000,00 Euro ausweisen (ab Saison 2023/2024: 3.000.000,00 Euro), wobei max. 10% (entspricht 275.000,00 Euro, ab Saison 2023/2024: 300.000,00 Euro) Barteringgeschäfte und max. 100.000,00 Euro Erlöse aus der Abgeltung von Werbe- bzw. TV-Rechten durch die BBL GmbH pro Saison auf den Mindestetat in Höhe von 2.750.000,00 Euro (ab Saison 2023/2024: 3.000.000,00 Euro) anrechenbar sind. Die Nachweise zur Erreichung des Mindestetats müssen bereits zum 15.4. insoweit erbracht werden (Ausschlussfrist), so dass von der Erreichung des Mindestetats ausgegangen werden kann.

Für die Saison 2022/2023 gilt hinsichtlich einheitlicher Planungsparameter die Annahme, dass die vollständige Saison 2022/23 mit max. 70% Zuschauererlöse auf Basis der Hallenkapazität stattfindet. Eine Planung mit über 70% hinaus ist

erlaubt, wenn der Antragsteller nachweist, wie er etwaige Mindererlöse beim Ticketing ausgleichen wird.

Sonderregelungen für die Finanzpläne der Saison 2021/2022:

In den fortgeschriebenen Finanzplänen für die Saison 2021/2022 darf ein Verlust in Höhe von höchstens 3% der zum jeweiligen Planungsstand geplanten Erträge (inkl. Barter-Erträgen) geplant werden. Unabhängig von den Erträgen ist der maximal planbare Verlust auf einen Betrag in Höhe von 250.000 Euro beschränkt. Außerdem ist die Verlustplanung dadurch beschränkt, dass die unter Abs. 2 aufgeführten Eigenkapitalanforderungen per 30.6.2022 eingehalten werden müssen. Im Rahmen der Planung dürfen weitere bis zum 30.6.2022 mit Sicherheit zufließende Corona-Hilfen als Ertrag berücksichtigt werden. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass keine Überschuldungssituation zum 30.06.2022 besteht. Zum 15.04.2022 ist ein aktualisierter Finanzplan für die Spielzeit 2021/2022 einzureichen.

Abweichungen im Vorjahresvergleich von mehr als 10% pro Einzelposition sind ausführlich zu erläutern. Die Erfolgsplanrechnung muss auf der Einnahmenseite mindestens 2.750.000,00 Euro ausweisen (ab 2023/2024: 3.000.000,00 Euro), wobei max. 10% (entspricht 275.000,00 Euro, ab Saison 2023/2024: 300.000,00 Euro) Barteringsgeschäfte und max. 100.000,00 Euro Erlöse aus der Abgeltung von Werbe- bzw. TV-Rechten durch die BBL GmbH pro Saison auf den Mindestetat in Höhe von 2.750.000,00 Euro anrechenbar sind. Die Nachweise zur Erreichung des Mindestetats müssen bereits zum 15.4. insoweit erbracht werden (Ausschlussfrist), so dass von der Erreichung des Mindestetats ausgegangen werden kann.

d) Nachweis durch Vorlage von mindestens 80% der geplanten Sponsoreneinnahmen als unterschriebene Verträge zum 15.7. Nachgewiesene Barteringsgeschäfte für tatsächlich notwendige Gegengeschäfte können ebenso wie bei §5 Absatz 3c) dabei berücksichtigt werden. Die Klubs dürfen diesen Nachweis hinsichtlich der Sponsorenverträge gemäß Finanzplanung alternativ statt Einreichung aller Verträge wie folgt erbringen: Schriftliche, von einem Steuerberater unterschriebene oder einem Wirtschaftsprüfer testierte Aufstellung, aus der hervorgeht a) Partner, b) Laufzeit des Vertrages, c) Betrag, d) ggf. sep. Kennzeichnung bei Bartergeschäften und Hinweis, in welcher Aufwandsposition im Finanzplan das Bartering abgebildet ist. Nachweise zur Erreichung des Mindestetats und insbesondere die geplanten

Sponsoreinnahmen können vom Gutachterausschuss deutlich frühzeitiger als zum 15.7. verlangt werden. Diese Nachweise sind dann vom Lizenznehmer zur Erteilung der Lizenz entsprechend vorzulegen.

- e) Vorlage von Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Sozialversicherungsträger, des zuständigen Finanzamtes und der Verwaltungsberufsgenossenschaft.
4. Der Lizenzligaausschuss ist auf Vorschlag des Gutachterausschusses berechtigt, für den Nachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit spezielle Vorschriften festzulegen. Sind solche Vorschriften erlassen, ist die Einreichung der Unterlagen gemäß Abs. 2) nach diesen Vorschriften verbindlich.
5. Kann den vorgelegten Unterlagen nicht mit der erforderlichen Gewissheit entnommen werden, dass die Voraussetzungen der Abs. 1 bis 3 vorliegen, ist der Gutachter-ausschuss befugt, weitere Nachweise und/oder Unterlagen anzufordern sowie Auskünfte einzuholen. Die vom Gutachterausschuss insofern gesetzten Vorlage-fristen sind einzuhalten. Ihre Nichteinhaltung kann zur Versagung der Lizenz führen.

§ 6 Nachweis der spieltechnischen Einrichtungen

1. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass seine Pflichtspiele (BBL und Pokal) in einer Halle ausgetragen werden, die den von der BBL GmbH festgelegten technischen Richtlinien entspricht, insbesondere ein Fassungsvermögen von mindestens 3.000 Zuschauern. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist auf Verlangen der BBL GmbH durch bauaufsichtliche Bestätigungen nachzuweisen.
2. Der Nachweis der spieltechnischen Einrichtungen ist bis spätestens zum 30.06. vor der Saison zu erbringen, für die der Antragsteller einen Lizenzantrag gestellt hat. Er gilt erst dann als erbracht, wenn dies durch eine offizielle Hallenabnahme durch die BBL GmbH schriftlich bestätigt wurde.

§ 7 Nachweis der ordnungsgemäßen Einrichtung des Geschäftsbetriebes

1. Zum Nachweis der ordnungsgemäßen Einrichtungen des Geschäftsbetriebes sind vorzulegen:

- a) Ein Handelsregister- bzw. Vereinsregisterauszug des die Lizenz beantragenden Erstligisten (Lizenzinhaber), der zum Zeitpunkt der Vorlage nicht älter als vier Wochen ist - verbunden mit der Versicherung durch die Geschäftsführung bzw. den Vorstand, dass in der Zwischenzeit keine Änderungen beschlossen oder beantragt sind;
 - b) Der Gesellschaftsvertrag bzw. die Vereinssatzung des Erstligisten (Lizenzinhaber).
 - c) Im Falle des ausgelagerten wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes eine Darstellung der Gesellschaftsform, der Inhaberschaft und der Geschäftsführung des ausgelagerten wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes durch Vorlage des Handelsregisterauszuges, des Gesellschaftsvertrages der „Vorschaltgesellschaft“ und des die Zusammenarbeit zwischen Lizenzinhaber und „Vorschaltgesellschaft“ regelnden Vertrages.
 - d) Die Benennung eines hauptamtlichen Geschäftsführers in Vollzeit mit Alleinvertretungsbefugnis gegenüber der BBL GmbH.
 - e) Ein Organigramm, aus dem sich die Organisation des Geschäftsbetriebes, die Zuständigkeit der Mitarbeiter und deren Namen ergibt.
 - f) Liste, betreffend
 - fa) Anschrift des Antragstellers
 - fb) Telefon- und Faxanschlüsse sowie E-Mail-Verbindung des Antragstellers
 - fc) Namen der Mitarbeiter
 - fd) Angabe der Sporthalle mit Telefon- und Faxanschluss
 - fe) Pressebeauftragter des Antragstellers
2. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass er zusätzlich zu §7 1d) in der Saison 2022/2023 mindestens drei hauptamtliche in Vollzeit aktive Personen beschäftigt (ab 2023/2024: vier). Davon ist

- a) einer als hauptamtlicher Marketingmanager zu beschäftigen. Dieser Nachweis kann auch dadurch erbracht werden, in dem nachgewiesen wird, dass der Geschäftsführer diese Aufgaben versieht,
- b) einer als kaufmännischer Leiter zu beschäftigen. Dieser Nachweis kann auch dadurch erbracht werden, in dem nachgewiesen wird, dass der Geschäftsführer diese Aufgaben versieht,
- c) einer als hauptamtlicher PR-Manager.
- d) Der / die übrigen ein, respektive zwei hauptamtlichen Mitarbeiter in Vollzeit wirken in den Bereichen Marketing, PR, Ticketing, Events oder als sportlicher Leiter / Nachwuchskoordinator. Erbringt er diesen Nachweis nicht, so wird die Lizenz nicht erteilt. Der Geschäftsführer nach §7 1d) darf maximal eine der in 2a) bzw. b) genannten Zusatzfunktionen ausüben.
- e) Nicht zulässig ist, dass der Geschäftsführer gleichzeitig die Position als Head- oder Assistant-Coach ausübt.
- f) Dass er über ein modernes elektronisches Ticketingsystem verfügt, das CRM-Funktionen aufweist. Erbringt er diesen Nachweis nicht, so wird die Lizenz nicht erteilt.
- g) Dass er über ein LED-Bandensystem verfügt.
- h) Dass er über eine Trainingshalle verfügt, auf die er ohne Einschränkungen bei Bedarf zugreifen kann. Erbringt er diesen Nachweis nicht, so wird die Lizenz nicht erteilt.

§ 8 Nachwuchsförderung

Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass er eine angemessene Nachwuchsförderung nach Maßgabe der hierfür von der BBL GmbH erstellten Nachwuchsförderrichtlinie betreibt. Hinsichtlich §8 BBL-Lizenzstatut i.V.m. Punkt B. 3 der BBL-Nachwuchsförderrichtlinie gilt, dass der Antragsteller in der Saison 2022/2023 insgesamt zwei hauptamtliche Jugendtrainer mit einem jeweiligen Mindestgehalt in Höhe von 24.000 Euro p.a. nachweisen muss. Ab der Saison 2023/2024 sind drei hauptamtliche Jugendtrainer mit einem Gesamtbruttogehalt i.H.v. 80.000,00

Euro zu beschäftigen, wobei das Mindestgehalt pro hauptamtlichen Jugendtrainer 24.000,00 Euro brutto nicht unterschreiten darf.

§ 9 Kartellrechtliche Bestimmungen

Der Antragsteller hat, sofern er in einer anderen Rechtsform als der eines eingetragenen Vereins geführt wird, darzulegen, wer mit welchen Beteiligungen an dem Träger des Spielbetriebes beteiligt ist. Liegen Beteiligungen vor, die sowohl beim Antragsteller als auch bei anderen Antragstellern einen bestimmenden Einfluss auf deren Geschäftstätigkeit ermöglichen, kann die Lizenz verweigert oder entzogen werden.

§ 10 Prüfung des Antrages

1. Die Überprüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgt durch den Gutachterausschuss, der dem Lizenzligaausschuss seine Beurteilung vorlegt. Der Gutachterausschuss entscheidet mit der absoluten Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
2. Die Entscheidung des Gutachterausschusses ist zu begründen, wenn sie ablehnenden Inhaltes ist oder die Erteilung der Lizenz unter Auflagen und/oder auflösende Bedingungen zum Gegenstand hat. Auf Bitten des Lizenzligaausschusses haben die Mitglieder des Gutachterausschusses ihre Entscheidung im Rahmen der Sitzungen des Lizenzligaausschusses mündlich zu erläutern.
3. Die Prüfung der übrigen Voraussetzungen der Lizenzerteilung obliegt der BBL GmbH.
4. Die Mitglieder des Gutachter- bzw. Lizenzligaausschusses sind gegenüber Dritten über die ihnen im Zusammenhang mit dem Lizenzverfahren bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere aber der Tatsachen, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bedingen, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 11 Entscheidung über den Antrag

1. Der Lizenzligaausschuss entscheidet nach Anhörung des Gutachterausschusses über die Erteilung der Lizenz. Die Entscheidung kann Auflagen und/oder auflösende Bedingungen enthalten. Die Entscheidung trifft der Ausschuss mit einfacher Mehrheit. Wird der Antrag im ersten Durchgang mehrheitlich

angenommen oder abgelehnt, so ist über den Antrag entschieden. Andernfalls hat unverzüglich eine neue Abstimmung über den Antrag zu erfolgen. Bei dieser entscheidet im Fall erneuter Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden. Die Entscheidung muss bis zum 15.05. ergehen. Ist zu diesem Zeitpunkt keine Entscheidung getroffen worden, ist im weiteren Verfahren vom Vorliegen der Lizenzvoraussetzungen aus-zugehen.

2. Die Entscheidung erfolgt schriftlich an den Antragsteller. Ablehnende Entscheidungen oder Entscheidungen unter auflösenden Bedingungen und sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die Zustellung ab-lehrender oder bedingter Entscheidungen erfolgt per Fax und E-Mail.

§ 12 Rechtsmittel

Der Antragsteller kann gegen eine ablehnende oder unter belastenden Nebenbestimmungen ergangene Entscheidung Berufung nach Maßgabe der BBL Verfahrens- und Schiedsgerichtsordnung einlegen.

§ 13 Mitteilungspflicht

1. Der Antragsteller muss Änderungen seiner Rechtsform, der Geschäftsverhältnisse und Veränderungen von Gesellschafter-Anteilen sowie wesentliche Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber seinen Angaben im Antrag auf Erteilung der Lizenz dem Lizenzligaausschuss und dem Gutachterausschuss unverzüglich unaufgefordert mitteilen.
2. Zum 15.07., 15.10. und 15.01. (mit Stand 01.07. bzw. 30.09. und 31.12.) muss der Antragssteller jeweils aktualisierte Aufstellungen des Finanzplanes dem Gutachterausschuss vorlegen. Näheres regeln die Vorgaben der BBL GmbH zum Lizenzierungsverfahren. Erhebliche negative Abweichungen gegenüber dem Lizenzantrag sind zu erläutern. Zusätzlich sind zum 15.07. eines Jahres die vorläufigen Ist-Zahlen der abgelaufenen Saison mit Stand 30.06. einzureichen.
3. Zum 15.10. eines jeden Jahres Vorlage der gemäß dem von der BBL GmbH bereitgestellten Musterarbeitsvertrag abgeschlossenen, schriftlichen Arbeitsverträge mit den Spielern; danach sind abgeschlossene Arbeitsverträge innerhalb von drei Wochen nach Abschluss vorzulegen. Darüber hinaus ist die Anmeldung des Spielers gemäß § 25 DEÜV in Kopie zur Verfügung zu stellen.

4. Der Antragsteller hat zum 15.01. mit Stand 31.12. nach den Vorgaben der BBL GmbH einen Lagebericht abzugeben, aus dem sich entnehmen lässt, dass es rechtsverbindlich keine erheblichen negativen Abweichungen seit dem 30.6. des Vorjahres gibt.

§ 14 Außerordentliches Prüfungsrecht

1. Der Gutachterausschuss hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Antragsteller auch nach erfolgter Lizenzierung durch stichprobenhafte Prüfungen zu beobachten. Auf sein Verlangen hat der Antragsteller jederzeit Unterlagen, die Aufschluss über diese geben, insbesondere auch Personal- und Marketingverträge, dem Gutachterausschuss vollständig vorzulegen.
2. Besteht ein begründeter Anlass für die Annahme, dass ein Antragsteller im Rahmen des Zulassungsverfahrens unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht oder Auflagen nicht erfüllt hat oder sonstige Lizenzerteilungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt, sowie bei Verstoß gegen die Mitteilungspflichten dieses Lizenzstatus, ist der Gutachterausschuss berechtigt, erneut die Unterlagen gemäß § 2 zur Prüfung und neuen Entscheidung unter Fristsetzung anzufordern.
3. Das Gleiche gilt, wenn während der Saison Sachverhalte bekannt werden, welche befürchten lassen, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz nachträglich weggefallen sind.
 - a) Der Lizenzligausschuss kann dem Antragsteller während der Saison aufgeben, Nachverpflichtungen von Spielern nur mit Zustimmung des Lizenzligausschusses zu tätigen. Er kann hierzu eine Prüfung der wirtschaftlichen Umstände durch den Gutachterausschuss veranlassen, der dieses innerhalb von drei Werktagen nach Vorlage vollständiger Unterlagen durch den Antragsteller abgeschlossen haben soll.
4. Erfüllt der Antragsteller die Anforderungen durch den Lizenzligausschuss nicht, wird vermutet, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz weggefallen sind. Die Lizenz ist in diesem Fall zu entziehen.
5. Ergibt die Prüfung, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz zum Zeitpunkt ihrer Ersterteilung nicht vorgelegen haben oder nunmehr nicht mehr

vorliegen, ist die Lizenz zu entziehen. Es sei denn, der entsprechende Mangel ist später behoben worden.

6. Für die Entscheidungen nach (4) und (5) ist der Lizenzligaausschuss zuständig. § 11 (2) gilt entsprechend.
7. Hinsichtlich der durch zusätzliche Prüfungen entstehenden Aufwendungen erfolgt eine Sanktionierung gemäß dem BBL-Strafenkatalog. Der Lizenzligaausschuss kann dem Gutachterausschuss genehmigen, einen externen Prüfer auf Kosten des Antragsstellers mit einer Sonderprüfung zu beauftragen.

§ 15 Teilnahmerechtsvergabe ohne sportliche Qualifikation

Können nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen nicht alle freien Teilnahme-rechte in der BBL vergeben werden, so entscheidet die Gesellschafterversammlung der BBL GmbH, ob ein Bewerber ein Teilnahmerecht erwirbt. Die erforderlichen Mehrheiten ergeben sich aus dem Gesellschaftsvertrag der BBL GmbH. Die Bewerbung und alle erforderlichen Unterlagen und Nachweise gemäß Lizenzstatut müssen spätestens zehn Werktagen nach dem rechtskräftig nach BBL-Ordnungen und -Standards feststeht, dass ein freies Teilnahmerecht nicht vergeben wird und die BBL dies auf ihrer Homepage bekanntgegeben hat, abgegeben werden. Die Bewerbung ist in Textform bei der BBL GmbH einzureichen.

Voraussetzung für die Erteilung des Teilnahmerechtes ist in diesem Fall, dass der Bewerber die Voraussetzungen für die Erteilung einer Lizenz, ausgenommen die sportliche Qualifikation, erfüllt und einen Aufnahmebeitrag in Höhe von Netto 700.000,00 Euro an die BBL GmbH zahlt. Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die mit der Bewerbung eine Gebühr in Höhe von 5.000,00 Euro auf ein von der BBL GmbH benanntes Konto eingezahlt haben. Diese Gebühr wird im Fall des Erwerbs des Teilnahmerechtes auf den o. g. Aufnahmebeitrag voll angerechnet. Die Wildcardgebühr ist in voller Höhe für die Erfolgsplanrechnung gemäß § 5, Ziffer 2b, Satz 3-5 außer Betracht zu lassen.

Bewerber, die in den vorangegangenen fünf Saisons eine Wildcard erhalten haben so-wie deren Rechtsnachfolger am selben Standort, werden nicht berücksichtigt (das bedeutet, dass ein Bewerber, der sich z. B. für die Saison 2020/21 um eine Wildcard bewerben möchte, letztmalig zur Saison 2014/2015 eine Wildcard erhalten haben kann).

In diesen Fällen ist eine Nachlizenzierung möglich.

§ 16 Teilnahmerechtsvertrag

1. Mit Erteilung der Lizenz hat der Antragsteller die Voraussetzung mit der BBL GmbH einen für alle Bundesligisten gleich lautenden Teilnahmerechtsvertrag abzuschließen.
2. Der Teilnahmerechtsvertrag regelt die Rechtsbeziehungen zwischen dem Antragsteller und der BBL GmbH in Bezug auf die Teilnahmeberechtigung am Spielbetrieb der Liga sowie hinsichtlich der Gesamtvermarktung bestimmter im Vertrag festgelegter Vermarktungsrechte.
3. Durch den Abschluss des Teilnahmerechtsvertrages verpflichtet sich die BBL GmbH, den Meisterschaftsspielbetrieb der Liga nach den allgemein gültigen Regeln des Sports zu organisieren und durchzuführen. Der Antragsteller verpflichtet sich, für die Dauer des Teilnahmerechtsvertrages an diesem Spielbetrieb mit einer wettbewerbstaughlichen Mannschaft unter Beachtung der in diesem Lizenzstatut und den sonstigen Wettbewerbsbestimmungen der BBL GmbH festgelegten Bedingungen teilzunehmen.
4. Der Teilnahmerechtsvertrag wird befristet geschlossen. Er hat eine Gültigkeitsdauer von bis zu 5 Jahren, beginnend mit dem 01.07. des Jahres, in dem erstmals das Vorliegen der Voraussetzungen des Lizenzstatutes für die Erteilung der Lizenz festgestellt wurde.
5. Der Vertrag ist von keiner der beiden Parteien vor Ablauf der Beendigung kündbar. Das Recht zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grunde bleibt unberührt.
6. Die BBL GmbH ist insbesondere berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung zu kündigen, wenn
 - a) dem Antragsteller die Lizenz entzogen worden ist,
 - b) im Rahmen eines nach den Bestimmungen dieses Lizenzstatutes durchgeführten Nachprüfverfahrens festgestellt wird, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz bei deren Erteilung nicht vorgelegen haben oder nachträglich weggefallen sind,

- c) der Antragsteller nach Maßgabe der Spielordnung auf sein Teilnahmerecht verzichtet,
- d) über den Bundesligisten ein Verfahren nach der Insolvenzordnung (InsO) beantragt und Sicherungsmaßnahmen nach § 21 InsO angeordnet worden sind (unbeschadet der Regelung der BBL-Spielordnung),
- e) die Gesellschafterversammlung der BBL GmbH eine allgemeingültige Änderung des Teilnahmerechtsvertrages beschließt,
- f) der Bundesligist einen schweren Vertragsverstoß bzw. einen schweren Verstoß gegen die Regeln der sportlichen Fairness begangen hat.

Die Kündigung des Teilnahmerechtsvertrages bewirkt das Erlöschen der Lizenz.

- 7. Die Wirksamkeit des Teilnahmerechtsvertrages endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, auch vor dem Ablauf seiner Befristung, wenn der Antragsteller nach Maßgabe der Bestimmungen des Lizenzstatutes seine Lizenz wirksam auf einen an-deren Rechtsträger überträgt. Maßgeblich für die Beendigung der Wirksamkeit des Vertrages ist der Stichtag der Übertragung der Lizenz.

§ 17 Übertragung der Lizenz

Die Lizenz ist übertragbar, wenn

- 1. die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz im Rahmen des nach diesem Statut durchzuführenden Lizenzierungsverfahren durch den Lizenzerwerber nachgewiesen sind und
- 2. Die Gesellschafterversammlung der BBL GmbH der Übertragung der Lizenz zu-stimmt.

Der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn ein in der Rechtsform des eingetragenen Vereins geführter Antragsteller seine Lizenz zum Zwecke der erstmaligen Abspaltung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes der Bundesligamannschaft auf eine Kapitalgesellschaft überträgt, die den Spielbetrieb am bisherigen Spielort fortsetzt.

III SPIELERLIZENZ

Spielerlizenzen werden zurzeit nicht erteilt. Die Regelung erfolgt über Teilnahmeberechtigungen. Soweit die nachstehenden Bestimmungen die Spielerlizenz zum Gegenstand haben, sind diese entsprechend auf das Teilnahmerecht anzuwenden.

§ 18 Lizenzerteilung

1. Lizenzspieler sind die am Wettbewerb der BBL teilnehmenden Spieler einzelner Mannschaften. Sie sind zur Teilnahme an diesem Wettbewerb nur berechtigt, wenn ihnen zuvor das Teilnahmerecht an diesem Wettbewerb durch eine Lizenz erteilt wurde.
2. Dem Spieler wird auf Antrag die Lizenz, die allein zur Teilnahme an dem Spielbetrieb der Liga für einen bestimmten Erstligisten berechtigt, durch Abschluss eines Teilnahmerechtsvertrages mit der BBL GmbH erteilt (Spielerlizenz).
3. Der Teilnahmerechtsvertrag regelt die Rechtsbeziehung zwischen dem Spieler und der BBL GmbH im Bezug auf die Teilnahmeberechtigung am Spielbetrieb der Liga. Ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Spieler und BBL GmbH wird durch den Abschluss dieses Lizenzvertrages nicht begründet.
4. Die Laufzeit des Teilnahmerechtsvertrags endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit der Beendigung der jeweiligen Saison.

§ 19 Voraussetzungen für die Erteilung eines Teilnahmerechts

- a) Ein schriftlicher Antrag des Spielers und des Bundesligisten
- b) Die Vorlage eines mit der BBL GmbH zuvor abgeschlossenen Schiedsvertrages
- c) Die Versicherung des Spielers, dass keine entgegenstehenden arbeitsvertraglichen Bindungen zu einem anderen Bundesligisten bestehen.
- d) Über die Vergabe des Teilnahmerechts entscheidet die BBL GmbH.
- e) Vorlage eines Arbeitsvertrages zwischen dem Spieler und dem Bundesligisten.

§ 20 Beendigung des Teilnahmerechts

1. Das Teilnahmerecht endet
 - a) mit Beendigung der Saison bzw. mit dem Ende des Arbeitsvertrages mit dem Erstligisten.
 - b) mit dem Entzug der Lizenz des Erstligisten, für den der Spieler arbeitet.
2. Der Teilnahmerechtsvertrag kann von der BBL GmbH mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, wenn
 - a) der Spieler falsche Angaben im Rahmen der Lizenzerteilung gemacht hat.
 - b) der Spieler gegen die Dopingvorschriften verstößt.

IV LIZENZLIGA- UND GUTACHTERAUSSCHUSS

§ 21 Lizenzligaausschuss

1. Der Lizenzligaausschuss besteht aus vier Mitgliedern. Drei Mitglieder sowie ein Ersatzmitglied werden jeweils für zwei Jahre, spätestens zum 31.01. eines Jahres von der Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der 1. Bundesliga e.V. gewählt. Ein Mitglied wird vom Präsidium des Deutschen Basketball Bundes gestellt.
2. Der Lizenzligaausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Ausschussmitglieder anwesend sind. Ausschussmitglieder, die einem antragstellenden Bundesligisten angehören, sind von der Beratung und der Beschlussfassung über diesen Bundesligisten ausgeschlossen.
3. Der Lizenzligaausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, wobei zum Vorsitzenden nur eines der von der Arbeitsgemeinschaft der 1. Basketball Bundesliga gewählten Mitglieder wählbar ist. Der Vorsitzende, im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter, leitet die Sitzungen.

§ 22 Gutachterausschuss

Der Gutachterausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Gutachter werden durch den Lizenzligaausschuss einstimmig für zwei Jahre gewählt. Die Mitglieder des Gutachterausschusses dürfen nicht zugleich Mitglieder des Lizenzligaausschusses sein. Sie sollen die für die gutachterliche Tätigkeit entsprechende berufliche Qualifikation mit sich bringen. Wenigstens eine Person sollte die Qualifikation eines Wirtschaftsprüfers besitzen. Der Gutachterausschuss wählt aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden.

V BESONDERE BESTIMMUNGEN

§ 23 Fristen

1. Alle in dem vorliegenden Statut genannten Vorlage- und Nachweisfristen sind - soweit keine abweichende Bestimmung getroffen ist - gewahrt, wenn die Unterlagen am letzten Tage der Frist abgesandt worden sind und die fristgerechte Absendung durch Einschreiben nachgewiesen wird.
2. Fristen können auch durch rechtzeitig eingegangene Faxschreiben erfüllt werden, wenn das Originalschreiben unverzüglich auf den Postweg gegeben wird und bei dem Empfänger eingeht.
3. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung (ZPO) und der dazu ergangenen Rechtsprechung.

§ 24 Schadensersatzansprüche gegen die BBL GmbH

Schadenersatzansprüche gegen die BBL GmbH, ihrer Organe und das Schiedsgericht wegen ihres Handelns aufgrund des vorliegenden Statutes und der sonstigen Ordnungen und Bestimmungen der BBL GmbH sind ausgeschlossen, es sein denn, ein Erstligist oder ein Spieler weist nach, dass die Schädigung vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt ist sowie der Erstligist oder der Spieler sämtliche Rechtsbehelfe zur Abwendung des Schadens ergriffen haben und der Geschädigte nicht anderweitig Schadenersatz erlangen kann.

§ 25 Schiedsgerichtsklausel

1. Streitigkeiten über die Wirksamkeit des vorliegenden Statutes oder einzelner Bestimmungen sowie sämtliche Streitigkeiten, die bei Anwendung dieses Statutes zwischen den Beteiligten entstehen, werden - unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges - durch das Schiedsgericht entschieden.

Das Schiedsgericht hat auch darüber zu entscheiden, ob eine Streitigkeit aus diesem Statut vorliegt.

2. Die Schiedsgerichtsvereinbarung erfolgt in getrennter Urkunde.

§ 26 Verstöße gegen Mitteilungs- und Nachweispflichten

Verstöße gegen die Mitteilungs- und Nachweispflichten und die Verpflichtung zur inhaltlichen Richtigkeit der abzugebenden Erklärungen, die dem Antragsteller gemäß der vorstehenden Bestimmungen der §§ 2, 3, 5 bis 8, 11, 13 und 14 obliegen, werden, unbeschadet der sonstigen Folgen, nach Maßgabe des BBL-Strafenkatalogs geahndet.

§ 27 Salvatorische Klausel

1. Die Wirksamkeit der einzelnen Bestimmungen dieses Statutes hat nicht die Unwirksamkeit des gesamten Statutes zur Folge.
2. Das Schiedsgericht ist im Streitfall befugt, eine verbindliche Regelung (Rechtsgestaltung) zu treffen, die den unwirksamen sportlichen und wirtschaftlichen Regelungen möglichst nahekommt.

Köln, 23. Juni 2022

Basketball Bundesliga GmbH

Dr. Stefan Holz | Geschäftsführer